SVP UDC

BERNER **Journal** BERNOIS

SVP UDC

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • Mai/Juni • Nr. 2–2013

AZB 3000 Bern 25

Ja zur Volkswahl des Bundesrates

Dem Volk das Vertrauen aussprechen! **Seite 3**

Ja zur Asylgesetzrevision

Ja zu einem funktionierenden Asylwesen! **Seite 4**

§

Volksvorschlag Integrationsgesetz unterschreiben

Für ein griffiges Integrationsgesetz! **Seite 8 – 10**

Bogen beachten!

SVP-Volksvorschlag Integrationsgesetz

Echte Integration statt teure Papiertiger

Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

Der Kanton Bern muss sparen – da hilft auch die SVP mit. Sie unterstützt auch schmerzhafte Sparkompromisse, sofern diese durchdacht sind. Die SVP Kanton Bern hilft aber nicht mit, wenn bei den Schülern oder bei der Sicherheit gespart werden soll. Und ganz sicher hilft sie nicht mit, wenn am einen Ort gespart und am andern gleich wieder Geld ausgegeben werden soll, etwa durch einen Bürokratieausbau im Migrationsbereich. Mit dem im Grossen Rat verabschiedeten Integrationsgesetz will der Kanton das bestehende Betreuungsnetz rund um die Integration der Ausländer noch weiter ausbauen. Dabei zeigen die Erfahrungen leider, dass es primär an griffigen gesetzlichen Grundlagen und am Willen mangelt, die Gesetze auch durchzusetzen. Es braucht also keinen weiteren teuren Papiertiger, sondern echte Integration!

Die SVP Kanton Bern hat deshalb zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen eigenen Volksvorschlag lanciert. Dieser korrigiert die untaugliche Vorlage des Grossen Rates und hilft, eine wirkungsvolle Integration ohne Mehrkosten zu erreichen. Wir wollen, dass die Integration eingefordert wird.

Die SVP Kanton Bern will den Zuwanderern mit Offenheit begegnen, im Bewusstsein, dass eine gewisse Zuwanderung für unsere Wirtschaft notwendig ist. Die Zuwanderung darf aber nicht grenzenlos sein und die Immigranten müssen sich an die Regeln halten und ihren Lebensunterhalt selber bestreiten. Unser Volksvorschlag konzentriert sich auf das Wesentliche: Sprachkenntnisse werden verlangt, mit Integrationsvereinbarungen in der Form von Standardverträgen sollen die Gemeinden diese Sprachkenntnisse einfordern können. Die Gemeinden sollen aber auch Integrationsmassnahmen ergreifen können, wenn sie dies wollen.

Sie sehen, wir haben Arbeit vor uns – aber wenn wir Verbesserungen erreichen wollen, müssen wir selber aktiv werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Mithilfe bei unserem Projekt Volksvorschlag ganz herzlich!

Werner Salzmann

STAND

Credit now statt ASP?

Der Berner Regierung wurde eine Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP) auferlegt. Nach gängiger Vorstellung würde man meinen, die Regierung gehe nun über die Bücher und versuche, künftig nicht mehr auszugeben, als sie einnimmt. Aber die Berner Regierung folgt halt nun einmal nicht den gängigen Vorstellungen seit sie links-grün ist.

Vielleicht ist die gängige Vorstellung der SVP aber auch aus der Mode geraten. Wer gibt denn heutzutage nur so viel aus, wie er hat? Übrigens: Längst vorbei die Zeiten, als man noch weniger ausgab, als man hatte, um in der Zeit zu sparen für die Not.

Es gibt immer eine Lösung, verspricht die Werbung: Egal ob neues Sofa, Mofa oder Ferien: Credit now hilft. Das ist wohl auch die gängige Vorstellung, welche sich die Berner Regierung zu eigen gemacht hat: Man schaut, was die anderen Kantone so haben und bieten und macht das dann auch, auf Pump. Credit now statt ASP.

Nachhaltig ist anders.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin SVP Kanton Bern

Mit angepassten Parteistrukturen in die Zukunft

Die SVP Kanton Bern hat ihre Organisationsstrukturen überarbeitet und angepasst. Die Statutenrevision und die Ergänzungswahlen der Geschäftsleitung wurden am 2. Mai 2013 von den Delegierten klar gutgeheissen.

An der Delegiertenversammlung vom 2. Mai 2013 wurden diverse Änderungen der Statuten beschlossen und Ergänzungswahlen der Geschäftsleitung durchgeführt.

Wichtige Aspekte der Reorganisation sind eine klarere Definition der Aufgaben der einzelnen Parteiorgane, die Verbesserung der Kommunikation zwischen der Kantonalpartei und den Wahlkreisverbänden und Sektionen sowie der Abbau von Doppelspurigkeiten und systematischen Ungenauigkeiten.

Erweitere Geschäftsleitung
Ein zentrales Element der angepassten Parteistrukturen ist die Erweiterung der Geschäftsleitung und des Parteivorstands. Um die Parteibasis besser zu repräsentieren, wurde die Geschäftsleitung erweitert. Neu gehört die Präsidentin der SVP Frauen Kanton Bern von Amtes wegen der Geschäftsleitung an. Zudem wurde die Anzahl weiterer Mitglieder der Geschäftsleitung erhöht zur Sicherung der Vertretung aller Wahlkreise, der Berufs- und Altersgruppen, von Stadt und Land sowie der eidgenössischen Fraktion. Dem Parteivorstand gehören neu die Präsidenten der Wahlkreise an, damit die direkte Informationslinie zu den Wahlkreisverbänden besser gewährleistet ist. Zwecks direkteren Einholens von Inputs der Wirtschaft sind zudem neu die Präsidenten der kantonalen Wirtschaftsverbände im Parteivorstand, sofern sie Mitglied der SVP sind.

So sieht die neue Geschäftsleitung aus:

	Vorname, Name, Wohnort	Funktion	Wahlkreis	Besonderes
	Werner Salzmann (bisher), Mülchi	Parteipräsident	Mittelland Nord	ex officio
	Käthi Wälchli (bisher), Obersteckholz	Vizepräsidentin	Oberaargau	ex officio
	Manfred Bühler (bisher), Cortébert	Vizepräsident	Jura Bernois	ex officio
	Fritz Reber (bisher), Schangnau	Vizepräsident	Emmental	ex officio
	Aliki Panayides (bisher), Ostermundigen	Geschäftsführerin	Mittelland Nord	ex officio
	Peter Brand (bisher), Münchenbuchsee	Fraktionspräsident GR	Mittelland Nord	ex officio
	Jolanda Brunner (neu), Spiez	Präsidentin SVP Frauen	Oberland	ex officio
	Jean-Michel With (bisher), Belp	Finanzchef	Mittelland Süd	Finanzen
	Peter Bernasconi (neu), Bern	weiteres Mitglied, Sicherung Vertretung aller Wahlkreise	Stadt Bern	Wahl am 2. Mai 2013
	Gerhard Fischer (bisher), Meiringen	weiteres Mitglied, Vertretung Wahlkreis	Oberland	Verbindung Bären-Club
	Béatrice Struchen (neu), Epsach	weiteres Mitglied, Sicherung Vertretung aller Wahlkreise	Seeland	Wahl am 2. Mai 2013
	Moritz Müller (neu), Bowil	weiteres Mitglied, Sicherung angemessene Berufsgruppen-Vertretung (Gewerbe)	Mittelland Süd	Wahl am 2. Mai 2013
	Lukas Lanzrein (neu), Thun	weiteres Mitglied, Sicherung angemessene Altersgruppen-Vertretung	Thun	Wahl am 2. Mai 2013
	Raphael Lanz (neu), Thun	weiteres Mitglied, Sicherung angemessene Stadt/Land-Vertretung	Thun	Wahl am 2. Mai 2013
	Albert Rösti (neu), Uetendorf	weiteres Mitglied, Sicherung eidg. Vertretung	Thun	Wahl am 2. Mai 2013

JA zur «Volkswahl des Bundesrates»

Nadja Pieren,
Nationalrätin, Burgdorf

Die Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates» ist eine Initiative der SVP Schweiz, welche im Juli 2011 eingereicht wurde.
Die Initiative verlangt, dass alle sieben Bundesräte (folgend BR) im Majorzsystem vom Volk gewählt werden. Sprachliche Minderheiten (französisch und italienisch) werden berücksichtigt und haben zwei Sitze garantiert. Bundespräsident und Bundeskanzler werden weiterhin vom Parlament gewählt. Bei den Bundesratswahlen bildet die ganze Schweiz einen Wahlkreis. Gewählt ist, wer das absolute Mehr im ersten Wahlgang erreicht hat. Im 2. Wahlgang entscheidet das einfache Mehr.
Warum wir die SVP-Initiative «Volkswahl des Bundesrates» unbedingt annehmen müssen:

– Das Prinzip der Volkssouveränität basiert auf der Idee, dass sämtliche Macht vom Willen der Bürger ausgeht. In allen Kantonen und Gemeinden wird diese Volkssouveränität verwirklicht. Einzig bei der Wahl des BR sind die Bürger heute nicht beteiligt. Ein JA zur Volkswahl des Bundesrates ist ganz einfach die Vervollständigung unserer direkten Demokratie!

– Der politische Wille der Bürger bei einer direkten Wahl des BR kann besser und unverfälschter zum Ausdruck gebracht werden. Eine indirekte Wahl, so wie das heute der Fall ist, führt automatisch zu einer Verfälschung des Volkswillens. Das Parlament wird stark beeinflusst durch Eigeninteressen und Lobbyisten. Auch halten bei BR-Wahlen vermehrt Machttriebe, Hintertreppenintrigen und Geheimabsprachen ihren Einzug. Das Wohl des Landes und nicht das Kalkül der Parteien muss prioritär sein.

– Bei einer direkten Wahl des BR durch das Volk ist der BR auch direkt dem Volk verpflichtet. Heute ist das nicht der Fall, das sehen wir an vielen Beispielen. Der BR setzt den Volkswillen nicht mehr durch (Frau BR Sommaruga würde und könnte es sich nie leisten, die Ausschaffungsinitiative so lange nicht umzusetzen, wenn sie vom Volk wiedergewählt werden möchte) und dringend anstehende Sachprobleme werden nicht gelöst (Kriminalität, EU-Abkommen, Asylpolitik, Wahrung unserer Volksrechte,…). Bei einer Volkswahl ist der BR direkt dem Volk Rechenschaft schuldig und würde sich nicht mehr im Ausland für sein Volk entschuldigen gehen.

– Die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können in Sachabstimmungen Entscheidungen treffen, sie können das Parlament wählen, also sind sie auch in der Lage, ihre Regierung zu wählen.

– Die Volkswahl des BR garantiert eine angemessene Vertretung der sprachlichen Minderheiten. Mindestens zwei Vertreter der französisch- oder italienischsprachigen Schweiz müssen dem Bundesrat angehören. Dieses Prinzip kennen wir im Kanton Bern bestens von den Regierungsratswahlen, bei welchem der Berner Jura einen Sitz garantiert hat.

Nadja Pieren

Abstimmung vom 9. Juni 2013 — Parolen der SVP Kanton Bern

– Volksinitiative «Volkswahl des Bundesrates»: **JA** (mit grossem Mehr bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen)
– Änderung des Asylgesetzes: **JA** (einstimmig)

Oui à l'élection du Conseil fédéral par le peuple

L'initiative populaire « Election du Conseil fédéral par le peuple » est une initiative de l'UDC Suisse déposée en juillet 2011.
L'initiative demande que les sept membres du Conseil fédéral (CF) soient élus par le peuple selon le système majoritaire. Les minorités linguistiques (français et italien) sont respectées et deux sièges leur sont assurés. Pas de changement pour l'élection du président de la Confédération et du chancelier qui continuent à être élus par le parlement. La Suisse forme une seule circonscription électorale. Les candidats qui obtiennent la majorité absolue sont définitivement élus au premier tour. Au deuxième tour, la majorité simple décide.
Pourquoi faut-il absolument adopter l'initiative UDC « Election du Conseil fédéral par le peuple » :

– Le principe de la souveraineté populaire repose sur l'idée que tout le pouvoir part de la volonté du peuple. Les cantons et les communes respectent cette souveraineté du peuple. Mais pour l'élection au CF, l'avis du citoyen n'est pas demandé. Un OUI à l'élection du Conseil fédéral par le peuple parachèverait tout simplement notre démocratie directe.

– La volonté politique du citoyen est mieux exprimée et est véridique. Une élection indirecte comme c'est le cas aujourd'hui engendre automatiquement une vue déformée de la volonté du peuple. L'influence du parlement est forte et ses propres intérêts tout comme le lobbysme peuvent aussi jouer un rôle prépondérant. Le népotisme, les intrigues de bas étage et langage codé sont monnaie courante. Le bien-être de notre pays est prioritaire et non les combines politiques.

– Une élection directe du CF par le peuple engage le CF directement ce qui n'est pas le cas aujourd'hui comme le démontrent de nombreux exemples. Le CF n'applique pas la volonté du peuple (la conseillère fédérale Sommaruga ne pourrait pas se permettre de ne pas imposer l'initiative pour le renvoi si elle voulait être réélue) et des problèmes de fond encore en suspens (criminalité, convention UE, politique de l'asile, respect des droits populaires) attendent toujours une solution. S'il y avait élection par le peuple, le CF devrait rendre des comptes directement au peuple et n'irait plus s'excuser à l'étranger au nom du peuple.

– Les citoyennes et les citoyens suisses peuvent prendre des décisions dans des votations de fond, ils peuvent élire leur parlement et sont donc tout à fait à la hauteur pour élire leur gouvernement.

– L'élection du CF par le peuple garantit une représentation équilibrée des minorités linguistiques. Au moins deux représentants francophones ou italophones doivent être au Conseil fédéral. Le canton de Berne connaît parfaitement ce principe avec les élections au Conseil-exécutif où le Jura bernois a un siège assuré.

JA zur dringlichen Änderung des Asylgesetzes

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Am 28. September 2012 haben Nationalrat und Ständerat eine dringliche Revision des Asylgesetzes beschlossen und diese sofort in Kraft gesetzt.

Gegen die Revision ist von linksgrünen Kreisen das Referendum ergriffen worden. Deshalb stimmen wir am 9. Juni über diese Vorlage ab.
Wenn das Volk Ja sagt, müssen die Bestimmungen bis am 28. September 2015 in das ordentliche Recht überführt werden. Wenn das Volk Nein sagt zur Vorlage, treten die Bestimmungen am 28. September 2013 wieder ausser Kraft.

Konkret werden das Asylgesetz in 12 Artikeln und das Ausländergesetz in 3 Artikeln geändert.

Die wichtigsten Massnahmen sind die folgenden:

- Der Bund kann seine Bauten während maximal drei Jahren ohne Bewilligung von Kantonen und Gemeinden für **Asylunterkünfte** nutzen. Dadurch wird die Suche nach Standorten vereinfacht. Als Gegenleistung zahlt der Bund den Kantonen einen Beitrag an die Sicherheitskosten und die Beschäftigungsprogramme.
- Für Asylsuchende, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie den Betrieb in den Unterkünften stören, werden **Zentren für Renitente** geschaffen.
- Es werden **Zwangsmassnahmen** eingeführt, die das Untertauchen der Personen vor der Ausschaffung reduzieren.
- **Wehrdienstverweigerung und Fahnenflucht** gelten nicht mehr automatisch als Asylgrund, ausser wenn im Heimatland eine Verfolgung wegen Rasse, Religion oder politischer Gesinnung und eine sehr hohe Strafe drohen.
- Gleich wie in allen europäischen Staaten, sollen in Zukunft **keine Asylgesuche mehr auf Schweizer Botschaften** im Ausland eingereicht werden können.
- Es ist vorgesehen, eine zweijährige **Testphase** einzuführen, damit der Bund mit den Kantonen schnelle und effiziente Asylverfahren erproben kann.

Alle diese Massnahmen erfüllen die Anforderungen der Bundesverfassung und des internationalen Rechts. Dennoch kritisiert das Referendumskomitee die Aushöhlung des Asylrechts und die untragbare Härte gegenüber verfolgten Personen.

Eine breite Allianz von SVP, CVP, FDP, GLP, EVP und BDP unterstützen die Vorlage. Der Nationalrat hat der Änderung des Asylgesetzes mit 122:49 und der Ständerat mit 36:9 zugestimmt. Als Massnahme gegen sehr hohe Asylgesuchszahlen und lange Verfahrensdauer muss die Vorlage unbedingt unterstützt werden!

Rudolf Joder

Oui à la modification urgente de la loi sur l'asile

Le 28 septembre 2012, le Conseil national et le Conseil des États ont adopté une révision urgente de la loi sur l'asile qui est entrée en vigueur immédiatement.
Cette révision fait l'objet d'un référendum des milieux gauche-vert. Nous voterons donc sur ce projet le 9 juin 2013.
Si le peuple dit Oui, les dispositions devront être transférées jusqu'au 28 septembre 2015 dans le droit ordinaire. Si le peuple dit Non les dispositions ne seront plus en vigueur dès le 28 septembre 2013.

Concrètement, 12 articles de la loi sur l'asile et 3 de la loi sur les étrangers seront modifiés.

Principales mesures :

- *La Confédération peut utiliser ses constructions pendant trois ans au maximum sans autorisation des cantons et des communes pour **héberger des requérants d'asile.** La recherche de lieux d'hébergement en est facilitée. En contrepartie, la Confédération contribue aux frais des cantons pour la sécurité et soutient des programmes d'occupation pour les requérants.*
- ***Des centres spéciaux pour requérants d'asile récalcitrants** qui menacent la sécurité, perturbent l'ordre public ou dérangent le bon fonctionnement des centres sont créés.*
- ***Des mesures spéciales** sont introduites pour réduire le nombre de personnes qui disparaissent dans la nature avant d'être rapatriées.*
- *Le fait d'être **objecteur de conscience et déserteur** ne suffit plus pour bénéficier du droit d'asile, sauf si le demandeur est réellement menacé dans son pays d'origine pour des motifs racistes, religieux ou politiques et qu'il encourt des sanctions sévères.*
- *Comme dans tous les États européens, **une demande d'asile ne pourra plus être déposée dans une ambassade suisse** à l'étranger.*

*Une **phase-test** de deux ans est prévue afin que la Confédération puisse évaluer avec les cantons des procédures d'asile rapides et efficaces.*

Les mesures proposées sont conformes à la Constitution et au droit international. Pourtant, pour le comité de référendum, ces modifications sapent le droit d'asile et touchent durement les personnes victimes de persécutions.
Une large alliance UDC, PDC, PLR, PEV, GLP Verts libéraux et PBD soutient ce projet de loi. Le Conseil national a adopté les modifications à la loi sur l'asile par 122:49 voix et le Conseil des États par 36:9. En tant que mesures contre le chiffre très élevé de demandeurs d'asile et de la longue durée de procédure, ce projet doit être soutenu !

Frauenquoten passen nicht zur SVP!

Jolanda Brunner-Zwiebel
Präsidentin SVP Frauen Kt. Bern

Im letzten halben Jahr taucht in den Medien immer wieder das Schlagwort «Frauenquote» auf.
Nicht zuletzt weil der Berner Stadtrat im September 2012 beschlossen hat, eine Quotenregelung für Frauen in Führungspositionen einzuführen und die SP ihren Frauenanteil im Grossen Rat mittels Frauenlisten in allen Wahlkreisen wieder erhöhen möchte. Gemäss einer Studie von Werner Seitz geht der Anteil der Frauen in den Parlamenten wieder zurück. Dies heizt die Diskussion an.
Eine Quote kann Anstoss und Verpflichtung sein und es ist eine Frage der Ausgangslage, man denke nur an die Forderung der SVP Stadt Bern, dass die Hälfte der Lehrpersonen an der Volksschule in der Stadt wieder Männer sein sollen. Vor allem aber würde eine Frauenquote nur Sinn machen, wenn die Frauen dies auch wollen!

«Ich möchte aufgrund meiner Kompetenzen und nicht aufgrund einer Quote angestellt oder gewählt werden.»

Meinung im Frauennetzwerk klar
Bei der Befragung des Frauennetzwerks der SVP ist der Tenor klar: Die Qualifikation soll ausschlaggebend sein und keine Quote! Es ist wichtig, dass sich Frauen aktiv in der Politik engagieren. Sie bringen oftmals eine andere Sichtweise ein. Ausschlaggebend zur Wahl einer Person sind jedoch ihre Einstellung, ihre Kompetenz und ihr Umgang mit den Mitmenschen. Für die Frauen ist wichtig festzuhalten: Wir politisieren Frauen und Männer gemeinsam und nicht gegeneinander!

Frauenvertretung national verdoppelt
Auf nationaler Ebene haben wir unsere Frauenvertretung verdoppeln können. Dies nicht aufgrund spezieller Fördermassnahmen, sondern durch einen engagierten Wahl-

Engagierte SVP-Frauen stellen sich vor

Petra Wyss

Petra Wyss, Sektionspräsidentin, Aarberg.

Womit hast Du dein erstes Geld verdient?
Mit elf Jahren habe ich im Landwirtschaftlichen Ausbildungszentrum Wallierhof in Riedholz (Kanton Solothurn) bei der Beerenernte geholfen.

Weshalb engagierst Du dich in der SVP?
Die SVP ist die einzige Partei, die freiheitliches Gedankengut und gesunden Menschenverstand hoch hält und so meiner persönlichen Einstellung entspricht. Bei mir war es aber eher Zufall, dass ich in der SVP und nicht in der FDP «gelandet» bin. Ich hatte damals in Aarberg einfach die besseren persönlichen Kontakte zu Mitgliedern der SVP... Zum Glück!

Was hat dir dein Engagement für die Partei bisher persönlich gebracht?
- Kontakte mit vielen sympathischen und interessanten Persönlichkeiten.
- Einblick in politische Abläufe und Gepflogenheiten.
- Die Erfahrung, dass man Ziele erreichen kann, wenn man sich zusammen mit Gleichgesinnten dafür einsetzt und natürlich die Befriedigung, die politische Erfolge bringen.
- Immer wieder Bestätigung für meine politischen Ansichten zu erhalten

Du hast drei Wünsche frei…
- Gesundheit für mich und meine Liebsten
- der Stellenabbau in allen öffentlichen Verwaltungen von mindestens 30 Prozent, mit entsprechender Reduktion von unnötiger Bürokratie
- Abschaffung von Gesetzen wie Rauchverbot, Hunderassenverbot, Alkoholverbot im Stadion und sonstigem Blödsinn der nur dazu dient, die Bevölkerung zu bevormunden.

Mit wem würdest Du gern einmal essen gehen?
Mit dem Schauspieler Gérard Depardieu wär's bestimmt unterhaltsam.

Worauf würdest Du nie im Leben verzichten?
Gute Freunde, spannende Begegnungen, die kleinen Glücksmomente im Alltag, Waschmaschine, Internet.

Was bringt dich auf die Palme?
Neid und Missgunst, Unzuverlässigkeit, Tierquälerei

Wo siehst du dich in 10 Jahren?
Für mich selber plane ich nicht so langfristig, es kommt eh wie es kommt...
Aber ich würde es gerne erleben, dass unsere grösseren Städte von bürgerlichen Mehrheiten regiert werden.

Steckbrief

Name: Petra Wyss
Wohnort: Aarberg
Alter: 44
Beruf: Primarlehrerin

Hobbys: Politik, Katzen, Pferde, Bewegung in der Natur, Stricken, Yoga

Politische Funktionen:
Sektionspräsidentin SVP Aarberg, Mitglied Wahlausschuss SVP Biel-Seeland, Vize-Präsidentin SVP, Biel-Seeland, Vize-Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern

Helena Morgenthaler

Helena Morgenthaler, Stadträtin, Langenthal.

Womit hast Du dein erstes Geld verdient?
Ich durfte schon früh in unserer Nachbarschaft für verschiedene ältere Leute «Kommissionen machen» und hatte so immer ein bisschen Geld.

Weshalb engagierst Du dich in der SVP?
Politisch und gesellschaftlich fühle ich mich in der SVP daheim.
Schon meine Eltern engagierten sich ein Leben lang in dieser Partei, sie ist unsere zweite Familie.
In schweren Zeiten durfte ich immer wieder viel Unterstützung von Parteifreunden erfahren.

Was hat dir dein Engagement für die Partei bisher persönlich gebracht?
Eben diesen Halt wie vorher beschrieben.
Weiter konnte ich mir von jung an ein gutes Netzwerk aufbauen, und Parteiarbeit ist eine Lebensschule. Ich habe gelernt, mit Misserfolg und Erfolg umzugehen und beides zu akzeptieren.
Unsere Partei ist eine Volkspartei, bei uns sind die verschiedensten Leute, und das ist eine Herausforderung und etwas Dankbares.

Du hast drei Wünsche frei…
Gesundheit für meine Familienangehörigen und mich.
Dass es meiner Tochter auf ihrem Weg zum Beruf nach ihren Wünschen gelingt.
Weiterhin starke und vorausschauende Persönlichkeiten, die unsere Partei führen.

Mit wem würdest Du gern einmal essen gehen?
Mit Michail Gorbatschow.

Worauf würdest Du nie im Leben verzichten?
Auf viele Annehmlichkeiten wie Strom, fliessend Wasser, Hygiene, moderne Medizin, Verkehrsmittel. Ich bin dankbar, dass ich heute mit diesen Einrichtungen leben darf.

Was bringt dich auf die Palme?
Arrogante Egoisten.

Wo siehst du dich in 10 Jahren?
Dann dürfte ich wohl bereits pensioniert, aber immer noch interessiert am Tagesgeschehen sein.
Vielleicht könnte ich unserer Ortspartei immer noch kleine Arbeiten wie Couvert einpacken und Kuchen und Züpfen backen für unsere Anlässe abnehmen.

Steckbrief

Name: Helena Morgenthaler-Baumann

Wohnort: Langenthal

Alter: 55

Beruf: Sachbearbeiterin öffentliche Sicherheit, Hauswirtschaftslehrerin, Hausfrau

Hobbys: Aktuelles Tagesgeschehen, politisieren, Reiten

Politische Funktionen:

Stadträtin, Mitglied Sozialkommission, Vorstandsmitglied der Ortspartei
(seit 35 Jahren Parteiarbeit)

kampf von Nadja Pieren. Sie hat den Wahlkampf zielstrebig an die Hand genommen und möglichst alle Gelegenheiten genutzt, die sich ihr geboten haben. Dies bedeutet jedoch auch eine hohe zeitliche Präsenz und das Unterordnen anderer Interessen an dieses eine Ziel. Dieser Wahlkampf hat nicht erst mit der Nomination begonnen, sondern bereits viel früher. Genauso wurde auch Andrea Geissbühler vier Jahre vorher in den Nationalrat gewählt.

«Quoten bringen auf Dauer keine Qualität.»

Organisation nicht einfach
Bei den Grossratswahlen haben vor 3 Jahren viele Frauen gute Resultate erreicht. Leider treten viele von ihnen nächstes Jahr nicht mehr an. Weshalb? Die Männer treten doch meistens auch mehrere Male an. Bei vielen Frauen hat sich die Lebenssituation in diesen 4 Jahren verändert und die Konstellation für eine Kandidatur ist nicht mehr gegeben. Wenn sie gewählt worden wären, hätten sie ihr Leben um das Grossratsmandat herum organisiert, aber alles auf eine eventuelle Wahl in den nächsten Jahren auszurichten, würde auch vom Umfeld nicht verstanden.

Bei den Gemeindewahlen auf dem Land stellt sich die Frage ob Mann oder Frau gar nicht. Meistens ist man froh, wenn man geeignete Personen findet, die sich zur Verfügung stellen.

«Ich finde es diskriminierend, wenn Frauen zu Quotenfrauen degradiert werden.»

Ideen gefragt
Nach der nächsten Legislatur (2014–2018) werden viele unserer Grossrätinnen wegen Amtszeitbeschränkung nicht mehr antreten. Also werden wir wohl laut über gewisse Massnahmen nachdenken müssen: Wie können wir den Nachwuchs unter den Frauen sichern? Wie sie einem breiteren Publikum bekanntmachen? Brauchen wir einen Vorzugsplatz für Frauenkandidaturen bei der Gestaltung der Wahllisten? Wie können wir es Frauen erleichtern, einen Fuss in der Politik zu halten, auch wenn sich ihr Leben immer wieder anders entwickelt?
Vielleicht haben auch Sie Ideen dazu? Melden Sie sich doch bei uns! Wir treten gerne mit Ihnen in Kontakt und informieren Sie per Mail über unsere Aktivitäten.

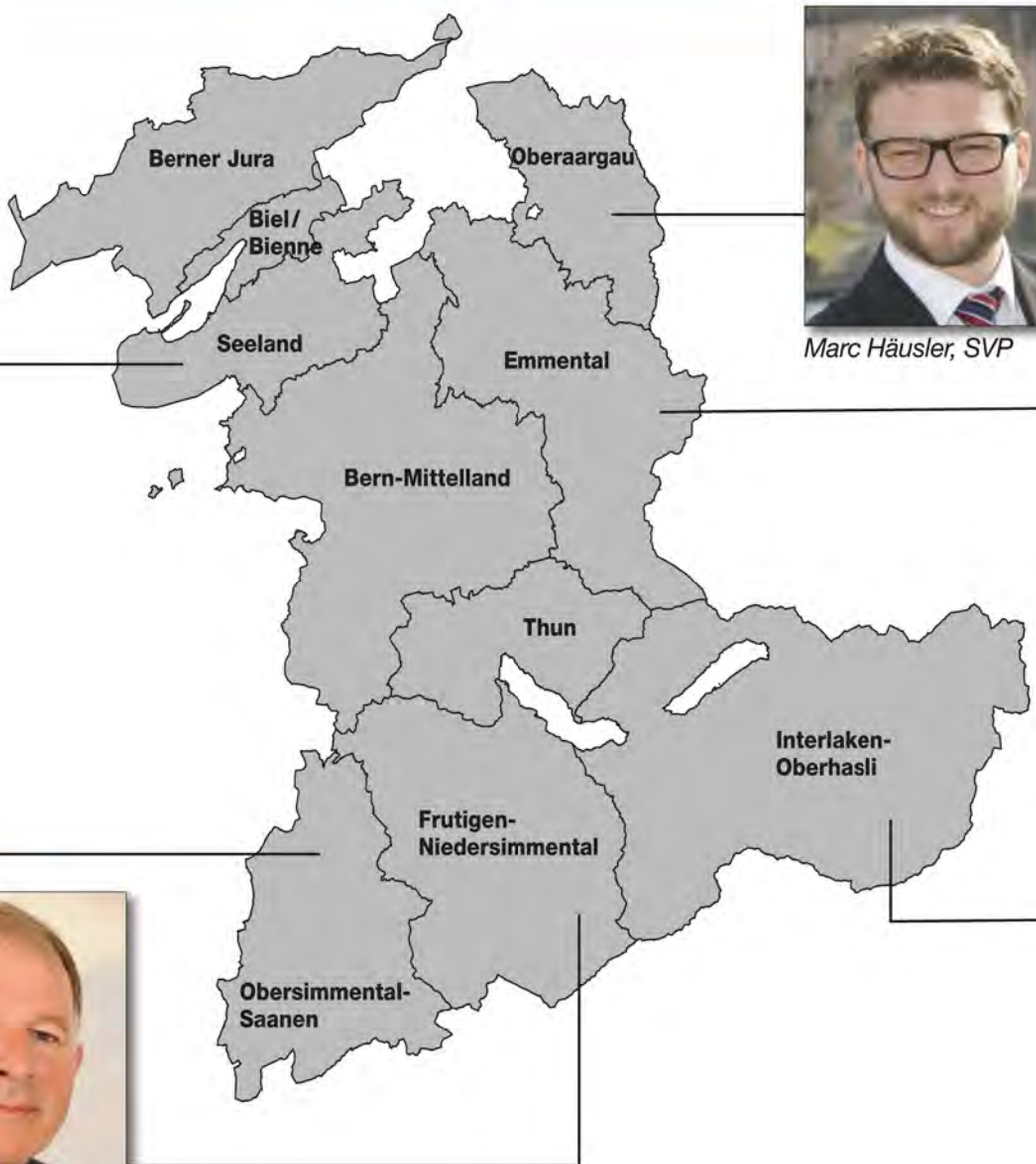
Jolanda Brunner-Zwiebel

Gesamterneuerungswahlen vom 9. Ju

Gerhard Burri, SVP

Michael Teuscher, SVP

Christian Rubin, SVP



Marc Häusler, SVP

Freund und Helfer, aber auch Richter

Der verlängerte Arm der Berner Regierung – manchmal wird so etwas salopp die Funktion des Statthalters skizziert. Denn sie vertreten den Regierungsrat im Verwaltungskreis; überwachen den ordnungsgemässen Gang der Verwaltung und beaufsichtigen die Gemeinden; sind Bewilligungs-, Genehmigungs-, Verwaltungsjustiz- und Vollzugsbehörde. Doch diese Aufzählung der Hauptaufgaben greift zu kurz.

Die insgesamt 10 Regierungsstatthalter (vor der Bezirksreform waren es noch 26) leisten sehr viel mehr. Gemäss ihrem Leitbild erbringen sie mit ihren Ämtern Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger. Sie vertreten die bernische Regierung in den Verwaltungskreisen und arbeiten eng mit Gemeinden und zentraler Verwaltung zusammen. Sind also quasi Bindeglied zwischen den Regionen und Bern sowie umgekehrt. Und nicht zuletzt geben sie der Verwaltung ein Gesicht und berücksichtigen regionale Unterschiede im gesetzlichen Rahmen. Somit könnte man in Abänderung einer bekannten Formel auch vereinfacht sagen: Der Regierungsstatthalter, Dein Freund und Helfer.

en der Regierungsstatthalter
Juni 2013

Unterstützen Sie unsere Kandidaten!

Markus Grossenbacher, SVP

Bernhard Häsler, SVP
www.bernhard-häsler.ch

Verwaltungskreis	Kandidaturen	Bemerkung
Berner Jura	Jean-Philippe Marti, SP, bisher	stille Wahl
Biel / Bienne	Philippe Chételat, SP, neu Adrian Kneubühler, FDP, neu	öffentlicher Wahlgang
Seeland	**Gerhard Burri**, SVP, bisher	stille Wahl
Oberaargau	**Marc Häusler**, SVP, (momentan stv. Regierungsstatthalter) neu Katrin Zumstein, FDP, neu	öffentlicher Wahlgang
Emmental	**Markus Grossenbacher**, SVP, bisher	stille Wahl
Bern-Mittelland	Christoph Lerch, SP, bisher Simone Rebmann, parteilos, neu	öffentlicher Wahlgang
Thun	Marc Fritschi, FDP, bisher Christian Gutmann, parteilos, neu	öffentlicher Wahlgang
Frutigen-Niedersimmental	**Christian Rubin**, SVP, bisher Eveline Wiederkehr, parteilos, neu	öffentlicher Wahlgang
Interlaken-Oberhasli	**Bernhard Häsler**, SVP, neu Martin Künzi, parteilos, neu Ueli Lauener, BDP, neu Verena Lobsiger, parteilos, neu	öffentlicher Wahlgang
Obersimmental-Saanen	**Michael Teuscher**, SVP, bisher	stille Wahl

Aufgrund der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons erfüllen die Regierungsstatthalterämter weiter folgende Funktionen: Sie sind anordnende Behörde im Bereich des Erbschaftswesens, Bewilligungsbehörde im Bau- und Gastgewerbe sowie im zivilrechtlichen Bereich, stellen Brandschutz sicher und haben die Aufsicht über die Feuerwehren. Die Regierungsstatthalter decken also ein breites und vielfältiges Profil vom Schlichter bis hin zum Richter ab.

Mit Blick in die Geschichte darf man mit gutem Gewissen sagen, dass sie – quasi als «Nachfolger» der einstigen verhassten Landvögte – eine riesige Entwicklung gemacht haben. Hin zum vielfältigen Dienstleister und Leistungserbringer, ohne den der riesige Kanton Bern mit seinen 6'000 km^2 nicht funktionieren könnte. Und ebenso sicher darf man sagen: Der bernische Regierungsstatthalter – zurzeit gibt es keine Statthalterin – mit seinen vielfältigen Funktionen und Qualitäten ist aus der (Verwaltungs)Landschaft nicht wegzudenken.

Regierungsrat Christoph Neuhaus, Belp

Volksvorschlag Integrationsgesetz

Nein zu aufwändigem Bürokratismus und Berateritis

Aliki Panayides, Geschäftsführerin der SVP Kanton Bern und Gemeinderätin, Ostermundigen

Die SVP Kanton Bern stand dem Gesetzesentwurf bereits in der Vernehmlassungsphase kritisch gegenüber, da es sich von Anfang an um eine Vorlage handelte, die von einem falschen Grundsatz ausgeht: Es sollte nicht das Problem gelöst, sondern Symptombekämpfung betrieben werden. Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) geht einmal mehr davon aus, dass Zuwandernde ein Bleiberecht haben und es Staatsaufgabe ist, alles zu bieten, um diesen Aufenthalt angenehm zu gestalten. So ist etwa vorgesehen, dass «Kanton und Gemeinden ihre rechtlichen Regelungen und den Zugang zu den kantonalen und kommunalen Leistungen auf Integrationshemmnisse überprüfen und Massnahmen zu deren Beseitigung treffen.» Es stellt sich die Frage, ob denn so viele Ressourcen in den Verwaltungen vorhanden sind, ob neues Personal eingestellt werden soll oder ob gegen Entgelt die Sozialpartner und Ausländerorganisationen damit beauftragt würden. Und dies bei einem bereits jetzt defizitären Kantonshaushalt. Weiter werden die Arbeitgeber verpflichtet, ihre ausländischen Arbeitnehmenden über Integrationsförderungsangebote zu informieren. Den KMUs wird so noch mehr Aufwand zugemutet.

Vorauseilender Gehorsam

Die Beratung für die Bundesgesetzgebung zur Integration beginnt erst im Sommer. Dennoch hat der Kanton Bern in vorauseilendem Gehorsam bereits eine Vorlage ausgearbeitet. Begründung für das Vorgehen: Die Vorlage sei nötig, um in Aussicht gestellte Gelder in Anspruch nehmen zu können. Dass die Voraussetzung für die Gelder ist, dass der Kanton seinerseits auch Geld investiert (das er nicht hat), wird beiseitegeschoben. Das Ausgeben der Gelder ist bereits vollumfänglich gesichert, bspw.: «Der Kanton und die Gemeinden stellen die Schulung ihrer Mitarbeitenden mit häufigen Kontakten zur ausländischen Bevölkerung zu integrationsspezifischen Fragen sicher und fördern deren transkulturelle Kompetenz».

Vordergründig sollen Integrationsvereinbarungen die Zuwandernden in die Pflicht nehmen, sich zu integrieren. Verbindliche Instrumente fehlen jedoch. Die bisherigen Versuche haben es gezeigt: Es konnte noch niemand allein wegen einer nicht erfüllten Integrationsvereinbarung weggewiesen werden. Der Schlussbericht zum Pilotprojekt in Ostermundigen fiel entsprechend kritisch aus. Die Integrationsvereinbarung ist somit höchstens ein Zusatzbeweismittel.

Echte Wirkung statt Feigenblatt nötig

Damit wird klar, dass die Integrationsvereinbarung für die GEF nur ein Feigenblatt ist, um das eigentliche Ziel, den Ausbau der Förderung, flächendeckend einzuführen. Die Eigenverantwortung soll den Zuwandernden völlig abgenommen werden. Wer sich nicht integriert, dem soll geholfen werden, anstatt konsequent Personen wegzuweisen, die sich nicht integrieren wollen. Dies führt zu einer krassen Ungleichbehandlung: Wer keine Eigenleistung erbringt, wird rundum beraten und versorgt, wer sich selber bemüht, hat auch keine Unterstützung. Ziel muss es sein, zum Grundsatz der Eigenverantwortung zurück zu kehren, aus finanziellen Gründen und auch aus staatspolitischen Überlegungen. Es geht nicht an, dass im Bemühen um vermeintliche Chancengleichheit neue Ungleichheiten geschaffen werden. Der Staat muss dort eingreifen, wo es nicht anders geht, nicht einfach überall. Deshalb braucht es den Volksvorschlag statt des Integrationsgesetzes!

Aliki Panayides

Non à une bureaucratie coûteuse et au conseil à outrance

L'UDC s'était déjà montrée très critique lors de la phase de consultation pour le projet de loi sur les immigrés. Il s'agissait dès le début d'un projet d'incitation basé sur des principes erronés : combattre les symptômes et non pas résoudre les problèmes. La Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale qui est en charge du dossier Intégration est d'avis que les immigrés ont un droit de séjour et que l'État doit leur rendre ce séjour le plus agréable possible.

La législation fédérale est actuellement en révision. Pourtant le canton de Berne a élaboré – en obéissant par avance – son projet sur l'intégration avec pour but de garantir une offre de consultation pour les immigrés dans tout le canton en justifiant sa procédure comme suit : ce projet de loi s'avère nécessaire pour recevoir les fonds promis. On ne mentionne pas que le canton de son côté doit investir de l'argent qu'il n'a pas. Par contre, il est clair que l'argent est déjà distribué : p.ex. le canton et les communes doivent garantir la formation de leurs collaborateurs qui sont fréquemment en contact avec la population.

En premier lieu, les conventions sur l'intégration ont pour but de contraindre les immigrés à s'intégrer. Mais les instruments obligeants manquent encore : personne n'a encore été expulsé sur la base d'une convention d'intégration non remplie. Il est donc clair que la convention d'intégration dans le projet d'intégration de la SAP n'est qu'un prétexte pour augmenter les soutiens dans tout le canton.

Volksvorschlag Integrationsgesetz

L'intégration est d'abord l'affaire des immigrés

Béatrice Struchen, députée, Epsach

L'UDC a essayé de corriger le projet cantonal de loi sur l'intégration durant la phase de consultation, puis dans la commission et enfin lors du débat au Grand Conseil. La loi n'a cependant pas été suffisamment remodelée et reste en grande partie un projet incitatif avec de nouveaux engagements pour l'État et les employeurs, mais pratiquement sans engagement réel pour les immigrés. Le groupe UDC du Grand Conseil a donc été contraint de rejeter cette affaire. Mais nous n'allons pas nous résigner pour autant, nous allons de notre propre chef présenter un projet qui tiendra compte des débats au Grand Conseil et en particulier des besoins de quelques communes du canton.

Fin 2012, le canton de Berne hébergeait 133'860 étrangères et étrangers et le taux actuel d'étrangers par rapport à la population autochtone est de 13,5%. Le canton de Berne est donc clairement au-dessous du taux suisse actuel de 22,6% et ces dernières années, aucune augmentation manifeste n'a été constatée. Cependant, dans quelques communes, la part d'étrangers est au-delà de la moyenne cantonale et ces communes attendent donc beaucoup d'une loi cantonale sur l'intégration des étrangers. C'est le cas des villes de Bienne (27%), de Berne où dans certains quartiers le taux d'immigrés dépasse 30% (Bümpliz), de Langenthal avec 20% et aussi de certaines agglomérations comme Nidau (22%) et Ostermundigen (26%).

Le projet populaire facilite la tâche des communes

Par principe, l'UDC ne tolère l'ingérence de l'État que s'il y a nécessité et que la population ne peut subvenir à ses propres besoins. Nous avons de bonnes raisons dans ce cas de figure de nous demander s'il faut vraiment une nouvelle loi. Les bases fédérales légales nous autorisent déjà à expulser des personnes qui ne s'intègrent pas et qui ne peuvent donc pas se prendre en charge elles-mêmes. Le service des migrations conclut déjà aujourd'hui des accords d'intégration bien qu'il n'y ait pas de loi cantonale sur l'intégration. Mais nous avons entendu le message des représentants des communes au Grand Conseil. Nous avons pris au sérieux leurs doléances et nous avons donc décidé de ne pas recourir contre cette loi par un référendum, mais de présenter un projet populaire qui faciliterait la tâche des communes confrontées à la migration.

Respecter les lois et les règles

Nous restons toutefois cantonnés sur nos positions sur le point suivant : celui qui immigre, quel qu'en soit le motif, a l'obligation de s'informer sur les pratiques de la région et de se conformer aux usages locaux. C'est aussi naturel que de respecter les lois et les règles du pays d'accueil.

L'immigration peut être source de bienfaits pour tout pays. Mais il faut exiger que les contraintes et les règles soient respectées pour que cela soit un enrichissement. Et plus le taux d'étrangers est élevé, plus cette règle doit être appliquée strictement. L'UDC n'a cessé de répéter que cette problématique existe et ne doit pas être sous-estimée et que les belles paroles ne suffisent pas. La Suisse est un petit pays à l'espace restreint, la cohabitation ne peut donc fonctionner que si tout le monde connaît et se conforme aux règles subtiles et diversifiées du règlement des ordures ménagères jusqu'à l'égalité des sexes. Si on veut une loi, son but doit être de stimuler l'application de ces contraintes.

Béatrice Struchen

Integration ist primär Sache der Zuwandernden

Das im Grossen Rat verabschiedete Gesetz ist weitgehend eine Fördervorlage mit neuen Verpflichtungen für den Staat und die Arbeitgeber, aber ohne Verbindlichkeiten für die Zuwandernden. Daher sah sich die SVP-Fraktion gezwungen, das Geschäft abzulehnen. Sie wollte es aber nicht dabei bewenden lassen, sondern präsentiert einen eigenen Vorschlag.

Der Staat soll grundsätzlich nur dort eingreifen, wo Handlungsbedarf besteht und wo die Eigenverantwortung der Menschen nicht mehr greift. Es ist fraglich, ob es für die Integration wirklich ein neues Gesetz braucht. Schon heute besteht die Möglichkeit, auf Grund der eidgenössischen Gesetzesgrundlagen Personen wegzuweisen, die sich nicht integrieren. Die SVP nahm aber die Stimmen der Gemeindevertreter im Grossen Rat ernst und entschied, nicht nur das Referendum zu ergreifen, sondern mit einem Volksvorschlag den Gemeinden mit Problemen im Migrationsbereich die Arbeit zu erleichtern.

Nach wie vor gilt der Grundsatz: Wer zuwandert, ist in der Pflicht, sich mit den hiesigen Gepflogenheiten auseinanderzusetzen und sich mit allem, was er im Alltag wissen muss, vertraut zu machen. Dies ist ebenso selbstverständlich wie das Prinzip, dass die Gesetze und Regeln einzuhalten sind. Zuwanderung kann eine Bereicherung sein, es gilt aber, die Pflichten und Regeln einzufordern, wenn dies so bleiben soll. Dies ist umso wichtiger, je höher der Ausländeranteil steigt. Schon immer machte die SVP darauf aufmerksam, dass die Problematik eine solche ist und weder unterschätzt noch schöngeredet werden darf. Die Schweiz ist ein kleines Land und das Zusammenleben funktioniert nur, wenn alle die vielfältigen Regeln kennen und anerkennen.

Volksvorschlag Integrationsgesetz

Kernpunkt: Integrationsvereinbarung

Thomas Fuchs,
Grossrat, Bern

Bei der Erarbeitung des Textes ging die SVP von der Grossratsdebatte aus und versuchte, diejenigen Punkte zu belassen, die auch für die Gemeinden ein wünschbares Element für das Einfordern der Integration darstellen. Ziel war es, auf Bestimmungen zu verzichten, welche zu einem massiven Ausbau des Angebots im Kanton nebst den bereits bestehenden zahlreichen Unterstützungsangeboten führen würden. Weiter wurden Säumnisbestimmungen integriert, um sicherzustellen, dass die Artikel auch Wirkung entfalten können und den Gemeinden die Arbeit erleichtert wird, insbesondere bei der Anmeldung.
Der Grundsatz ist, dass die Schweiz den Zuwandernden mit Offenheit begegnet, die Zuwandernden ihrerseits die Regeln einhalten und für ihren Lebensunterhalt selber aufkommen, wie dies die eidg. Gesetzgebung ja auch vorsieht, indem langwährende Sozialhilfeabhängigkeit gemäss Ausländergesetz AUG zur Wegweisung führen kann.

Flexibilität für die Gemeinden
Die Integrationsvereinbarung wurde übernommen, der Umweg über die Beratung indes gestrichen. Die Pilotversuche haben gezeigt, dass es wichtig ist, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Die Integrationsvereinbarung ist also ein klargefasster Standardvertrag, bei welchem insbesondere der Spracherwerb im Zentrum steht. Auch der Abschluss eines Integrationskurses ist als Verpflichtung denkbar oder in Gemeinden, welche sich eingehender mit der Thematik befassen, können auch andere aufenthaltsrechtlich relevanten Integrationsmassnahmen vereinbart werden. Ziel ist es, den Gemeinden Flexibilität zu ermöglichen und möglichst wenig Arbeit zu verursachen.

Kostenübernahme durch Zuwandernde
Besonders wichtig war der SVP, für den Kanton keine Zusatzkosten zu generieren. Deshalb ist im Volksvorschlag vorgesehen, dass die Kosten der getroffenen Massnahmen zulasten des verpflichteten Ausländers gehen. Es gibt heute schon zahlreiche subventionierte Sprach- und Integrationsangebote, deren Bezahlung den Zuwandernden, welche von diesem Gesetz betroffen sind, zugemutet werden kann, soweit die Kosten nicht vom Bund übernommen werden. Dies steigert auch die Motivation, aus dem Angebot einen Nutzen zu ziehen und nicht einfach nur die Stunden im Kurs abzusitzen.
Die Aufsicht über die Umsetzung des Gesetzes muss bei der Polizeidirektion liegen und nicht bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Denn das Geschäft gehört zum Migrationsdienst und eben gerade nicht zur Fürsorge.
Das Ziel ist: Wer sich nicht integriert, der soll das Land verlassen, wie dies vom eidg. Gesetzgeber eigentlich angedacht ist. Integration ist nur dann erfolgreich, wenn man sie will und wenn sie eingefordert und nicht nur mit Geld an Institutionen gefördert wird.

Thomas Fuchs

Mot-clé: convention d'intégration

L'UDC s'est efforcé de conserver les éléments également désirés par les communes et qui visent à encourager l'intégration. Le but est aussi de renoncer à des dispositions qui engendreraient une augmentation massive de l'offre dans le canton, en sus des nombreuses offres de soutien déjà existantes. L'UDC a aussi ajouté les dispositions de retard pour être sûr que les articles soient efficaces et pour faciliter la tâche aux communes en particulier lors de l'inscription.

Le principe est que la Suisse est ouverte aux immigrés qui se conforment à nos règles, mais subviennent à leurs besoins quotidiens comme le prévoit la législation fédérale selon laquelle une personne qui est à la charge de l'aide sociale à long terme peut être expulsée.

L'UDC a repris la convention sur l'intégration, mais a supprimé le détour par la consultation. La convention d'intégration est un contrat standard clair dans lequel l'acquisition des connaissances linguistiques est prépondérante. On peut aussi envisager un cours d'intégration obligatoire ou, dans les communes fréquemment confrontées à cette thématique, d'autres mesures peuvent être envisagées. Le but est d'offrir une certaine flexibilité aux communes et de leur causer le moins de travail possible. Comme le canton ne doit pas avoir à faire face à ces coûts supplémentaires, l'UDC a prévu que les coûts pour les mesures prises seraient à la charge de la personne étrangère concernée. Ceci renforce aussi la motivation de tirer profit de ces offres et non pas d'assister passivement aux cours.

La Direction de la police doit être chargée de l'application de la loi et non par la Direction de la santé publique et de la prévoyance sociale. Cette tâche revient au service de migration et non pas à la prévoyance sociale.

Le but est que la personne qui ne veut pas s'intégrer quitte le pays comme le législateur fédéral l'a exprimé. L'intégration ne peut réussir que si on la veut et qu'elle est exigée et pas seulement stimuler par l'argent aux institutions.

Achtung!

– Sind Sie auch dafür, dass sich Ausländer in der Schweiz anpassen?
– Sind Sie auch für eine wirkungsvolle Integration der Ausländer?
– Sind Sie auch dafür, dass Ausländer in der Schweiz eine Landessprache lernen?
– Sind Sie auch dafür, dass Ausländer, die sich nicht anpassen wollen, die Schweiz verlassen?
– Sind Sie auch dafür, dass das Berner Stimmvolk über neue Ausgaben zu Gunsten von Ausländern abstimmen kann?

Dann unterschreiben Sie mit beiliegendem Unterschriftenbogen unseren Volksvorschlag für eine wirkungsvolle Integration. Spenden mit ebenfalls beiliegendem Einzahlungsschein sind herzlich willkommen.

Besten Dank für Ihre Unterstützung

Hochkarätiger Anlass der SVP Ferenbalm im Restaurant Biberenbad

Im Frühling führte die Sektion Ferenbalm einen öffentlichen Vortragsabend mit dem schweizerischen und dem bernischen SVP-Parteipräsidenten durch. Der grosse Besucherandrang von 150 Personen zeigte, dass sowohl die hochkarätigen Gäste wie auch die Themen auf breites Interesse in der Bevölkerung stiessen. Nationalrat Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz, und Werner Salzmann, Präsident der SVP Kanton Bern, ermöglichten es den Anwesenden, aus erster Hand Spannendes aus der nationalen und kantonalen Politik zu erfahren.

Toni Brunner griff dabei kontroverse Themen wie die Volkswahl des Bundesrats, das Bankgeheimnis, die Einwanderungs- und die Asylpolitik auf. Werner Salzmann thematisierte insbesondere die gravierende finanzielle Situation des Kantons Bern. Anschliessend hatten die Anwesenden Gelegenheit,

den Referenten Fragen zu stellen.

Fotos und Text wurden uns freundlicherweise von Werner Brauen, Biberen für das Berner Journal zur Verfügung gestellt.

Herzlichen Dank, Jean-Michel Blanchard!

Jean-Michel Blanchard ist Ende der Märzsession als Grossrat zurückgetreten.

Er gehörte dem Kantonsparlament von 2002–2006 und von 2008–2013 an und amtierte als Mitglied der Deputation, die er im Jahre 2003/2004 präsidierte.
Zudem war er Mitglied der Steuerungskommission und arbeitete in verschiedenen vorberatenden Kommissionen. Mit seinen Vorstössen engagierte er sich unter anderem besonders für die Angelegenheiten des Berner Juras.

Dies zeigt sich auch in seinem Rücktrittsschreiben: «Pour terminer, je vous dirai que je suis fier d'être tout à la fois romand et bernois et reste confiant qu'à l'avenir ce grand canton restera bilingue et fier de l'être.»

Die SVP Kanton Bern schliesst sich dieser Hoffnung an und dankt Jean-Michel Blanchard von Herzen für sein Engagement zugunsten des Kantons Bern und der SVP und wünscht ihm für seine Zukunft nur das Beste.

Herzlich Willkommen, Etienne Klopfenstein

Etienne Klopfenstein tritt in der Junisession die Nachfolge von Jean-Michel Blanchard im Grossen Rat an. Der Landwirt und Gemeindepräsident von Corgémont engagiert sich bereits seit Juni 2010 im Conseil du Jura bernois und wird sich nun auch auf kantonaler Ebene für die Beziehung des Berner Juras mit dem übrigen Kantonsgebiet und für bäuerliche Anliegen einsetzen. Die SVP-Fraktion heisst Etienne Klopfenstein in ihrer Mitte herzlich willkommen.

Impressum

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2

So kann es nicht weitergehen!

Wir wollen eine massvolle, den Interessen des Landes dienende Zuwanderungs- und Ausländerpolitik! Helfen Sie uns dabei und werden Sie Mitglied, Gönner oder Sympathisant!

Anmeldeformular für das Parteiunabhängige Informationskomitee

PIKOM

Das PIKOM hat sich zum Ziel gesetzt, die Öffentlichkeit über die wahren Fakten und Entwicklungen im Bereich der Ausländerpolitik zu informieren. Der Jahresbeitrag ist auf Fr. 65.– festgelegt. Gönner und Sympathisanten sind in der Höhe der Zuwendungen frei. Die Namen der Mitglieder werden nicht publiziert.

☐ Senden Sie mir vorerst weitere Infos ☐ Ich will Mitglied werden

Name: Vorname:

Adresse:

PLZ: Ort:

Telefon: Fax:

E-Mail-Adresse:

Politische Mandate, Parteizugehörigkeit oder Bemerkungen:

Bitte einsenden an: PIKOM, Postfach 3540, 5001 Aarau
Mail pikom@pikom.ch – Fax 031 981 39 82 **www.pikom.ch**